

L. München. Am 10. Oktober fand hier im Saale des Orpheums eine außerordentliche Versammlung der Mitgliedschaft Münchens statt, in welcher der derzeitige Redakteur des Corr., Kollege Rezhäuser, über die gegenwärtige Lage im Verbandsreferat. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung und um einerseits die Stellungnahme des bayerischen Gauvorstandes gegenüber der Urabstimmung zu erfahren, wie auch andererseits dem Kollegen Rezhäuser Gelegenheit zur Ansprache zu geben, hatten sich über 300 Kollegen zu dieser Versammlung, welche in ruhiger und sachlicher Weise verlief, eingefunden. Der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins Widenmann gab in kurzen einleitenden Worten den Zweck der heutigen Versammlung bekannt, namentlich sei die Hauptursache die Zwittrstellung des Gauvorstehers Setz; derselbe habe bei der letzten Wahl zum Gauvorstand unter anderem erst das Amt wieder angenommen, nachdem er die Gewißheit hatte, lauter oppositionelle Kandidaten im Gauvorstande vererbt zu sehen. Redner streifte sodann noch kurz die Tarifgemeinschaft und das Vertrauensvotum der Gauvorsteherkonferenz für den Zentralvorstand und die Corr.-Redaktion, wozu Kollege Setz seine Zustimmung gegeben habe. Kollege Widenmann ersuchte schließlich den Kollegen Setz, endlich einmal seinen Standpunkt klarzulegen. Kollege Setz führte nun aus, daß er schon auf dem letzten Gantage seinen Standpunkt vertreten habe und ein Beschluß des Gantages könne ihm seine Ueberzeugung nicht rauben. Er verlange vom Ortsvorstande, daß er seine Anklagen gegen den Gauvorstand formell erhebe. Man solle doch im Generalversammlungsprotokolle nachsehen, da könne man seinen Standpunkt schwarz auf weiß finden und ebenso habe er schon verschiedene Male erklärt, daß er mit dem Zentralvorstande nicht zusammenarbeiten könne. Der Vorwurf, daß er den Gauvorstehersposten erst wieder angenommen, nachdem er Gewißheit gehabt habe, daß lauter oppositionelle Kandidaten gewählt würden, sei lächerlich. Kollege Widenmann solle ihm nur das eine mitteilen, ob er (Setz) jemals etwas getan oder unterlassen habe, was zum Schaden des Verbandes gewesen sei. Bezüglich der Ausschüsse behauptete er heute noch, daß dieselben statutenwidrig waren; er hätte auf der Gauvorsteherkonferenz lieber mit „Nein“ gestimmt, wie Kollege Rhein in Bremen, er habe aber nochmals versucht, Frieden zu stiften, doch sei seine damalige Zustimmung keine Richtschnur für sein zukünftiges Handeln. Bezüglich der Urabstimmung habe er sofort beim Zentralvorstande Protest eingelegt. Auf der Gauvorsteherkonferenz sei ferner beschlossen worden, daß Maßnahmen gegen die Opposition nur im Einverständnisse mit sämtlichen Gauvorständen stattfinden sollten; aber der Zentralvorstand habe doch stets gemacht was er wolle. Er sichere sich ferner stets die Freiheit, dem Zentralvorstande zu sagen was ihm nicht passe; im andern Falle solle man eine Marionette hinstellen, aber keinen bayerischen Gauvorstand! Kollege Widenmann solle doch heute Beweise erbringen, inwiefern sich Setz zum Schaden der bayerischen Mitglieder vergangen habe. (Waboo!) — Unter allseitiger Aufmerksamkeit der Versammlung ergriff nunmehr Kollege Rezhäuser das Wort. Er habe der Einladung des Münchener Ortsvorstandes entsprochen, um nach Kräften dazu beizutragen, daß in Münchener Kollegentreffen wieder friedliche Verhältnisse hergestellt würden. Die heutige Versammlung sei für ihn von prinzipieller Bedeutung, da sie die Pflicht habe, ein für allemal zu entscheiden, worin die praktische Tätigkeit der Mitgliedschaft auf Grund des Willens der Gesamtheit zu bestehen habe. Um aber ein objektives Urteil schöpfen zu können, glaubt Redner, daß die augenblickliche Lage im Verbands nicht nach den einseitigen Darstellungen des Kollegen Setz gebührend gewürdigt sei, diese Ausführungen müßten durch das Hervorheben gegenteiliger Momente paralytisch und Licht und Schatten gleichmäßig verteilt werden. Um zu einem befriedigenden Resultate zu kommen, müsse man den Ursachen der augenblicklichen Lage im Verbands zu Leibe gehen. Und da habe man es in den bewegenden Fragen mit sachlichen und persönlichen Motiven zu thun. Diese beiden Begriffe seien im Laufe der Zeit ineinandergekommen und hätten dadurch die vorhandene Verwirrung nur noch vergrößert. Wohl oder übel müsse man da an die verflochtene Tarifbewegung anknüpfen, wobei aber Redner betonte, daß die Tarifbewegung an sich nicht die Ursache des heutigen Konfliktes bilde, sondern nur für die Erzeugung des Konfliktes als Mittel zum Zweck mißbraucht wurde. Die Feststellung der tatsächlichen Ursachen suche man aber in gewissen Kreisen zu verhindern, um im Trüben fischen zu können. Was heute die Organisation durchdringt und sie bis auf den Grund aufwühlt, sei nicht der Kampf gegen die Tarifgemeinschaft, sondern der Kampf gegen Personen, sie mögen nun Döblin oder Rezhäuser, Jölsch oder Widenmann heißen. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Tarifgemeinschaft würden die Beschlässe der Organisation, die ausführenden Personen und die auf dem Boden der legal gefassten Beschlässe stehenden Personen aufs Wütendste bekämpft; man suche durch ein eigenes Organ, das sich die Festlegung des Zentralvorstandes zur Hauptaufgabe gemacht, die statutarischen Institutionen, General- und Mitgliederversammlungen, Verbandsorgan usw. illusorisch zu machen, unterstützt von Falschen und Nichtmitgliedern. Redner verwies sodann auf die im vorigen Jahr in Berlin stattgefundenen Gauvorsteherkonferenz, wofolbst auch Kollege Setz mit beschlossen habe, daß in der Kampfesweise des heutigen geistigen

leiters der Opposition ausschließlich verbandschädliche und persönliche Motive erblickt werden könnten. Diese rein persönliche Tendenz bilde auch das Hauptmerkmal der Kampfesweise der sog. Opposition. Er (Redner) wolle durchaus nicht verkennen, daß unter der Opposition eine Anzahl Kollegen sich befinden, welche gemäß sei, auf statutarischem Weg und in sachlicher Weise ihre Meinung zu vertreten, aber diese Kollegen seien durch die „geliebte Opposition“ längst in den Hintergrund gedrängt und ihre Tätigkeit sei längst vom persönlichen Kampf überwuchert. Warum sei f. B. die Generalversammlung von Gausch und Genossen verlangt worden? Doch nur, um durch das endgültige Urteil derselben Klarheit in dem Streite zu schaffen. Jedenfalls aber nicht, damit jeder thun könne was er wolle. Heute sei es trotz Generalversammlung so weit, daß für die Mitgliedschaft nicht das Statut, nicht die Generalversammlung, sondern ein auf Befehl von Leipzig aus der Kontrolle der Mitgliedschaft entzogener Klub bestimmen will, was für die Münchener Verbandsmitglieder maßgebend sein soll. Unter solchen Verhältnissen könne die Organisation nicht bestehen, es sei unter solchen Umständen ein gefährlicher Rückschlag auf die Tarifeinführung, die Diktatur und das kollegiale Leben unausbleiblich und zwar um so mehr, als von dem geistigen Leiter der Opposition schon vor der Generalversammlung die Absicht ausgesprochen wurde, die Organisation zu bekämpfen, wenn er nicht Recht besäße. Wenn heute das Unterordnen der Mitglieder unter die Generalversammlungsbeschlässe als eine Forderung bezeichnet wird, die nur in barbarischen Staaten verlangt werde, wenn der § 3 unersetzlich ist: „Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich dem Statut des Verbandes sowie allen statutenmäßigen Beschlässen der Generalversammlung bzw. des Verbands- oder Gauvorstandes zu unterwerfen“, außer Kraft gesetzt werde und statt dessen Beschlässe einer eignen Geheimorganisation und deren Kongresse maßgebend für unsre Tätigkeit als Verbandsmitglieder sein sollen, dann müsse man angesichts dieser Thatsachen fragen, ob ein Mitglied gleichzeitig auf dem Boden der Generalversammlungsbeschlässe und der Beschlässe des sogenannten Pfingstkongresses stehen könne. Man habe also auf einer Seite das bedingungslose Arbeiten nach einem persönlichen Programm, auf der andern das Programm der Organisation. Nicht die angeblich „unterdrückte Meinungsfreiheit im Corr.“, nicht die Ausschüsse seien die Ursachen der heutigen Spaltung, sondern der Widerspruch zwischen dem was die Organisation und dem was die Gausch'sche Opposition wolle. Angesichts dieser Thatsachen handle es sich in der heutigen Versammlung darum, Klarheit um jeden Preis zu schaffen. Wenn Kollege Setz hier erkläre, er sei für seine Tätigkeit nicht dieser Versammlung, sondern nur den Delegierten des Gausch'schen Reichstages abzugeben schuldig, so müsse Redner dem Kollegen Setz allerdings beipflichten. Andererseits habe aber auch der Zentralvorstand und die Corr.-Redaktion nur der Generalversammlung Rechenschaft abzulegen. Er, der Referent, sei aber der Meinung, daß von einem Mitgliede, welches das Amt eines Gauvorstehers bekleide, eine klare und unumwundene Stellungnahme in der heutigen Zeit zu verlangen sei. Wenn Kollege Setz behauptet, daß er sich durch den Mehrheitsbeschluß des bayerischen Gantages seine Ueberzeugung nicht rauben lasse, so habe dies auch niemand von ihm verlangt. Eine andre Frage sei es aber, ob der Gauvorsteher diesem Willen des bayerischen Gantages sich pflichtgemäß anpassen wolle oder nicht. Zu letztem sei Kollege Setz verpflichtet. Er habe wohl instinktiv die Meinung gehabt, dem Willen des Gantages nicht willfahren zu können, als er (Setz) seinen Posten dem Gantage zur Verfügung stellte, aber durch sein nachträgliches Verbleiben im Amte habe er die Verpflichtung übernommen, im Sinne der Beschlässe des Gausch zu wirken. Man könne Setz keinen Vorstoß gegen das Statut nachweisen, aber seine laue Haltung in den brennendsten Tagesfragen habe das Mißtrauen gegen ihn geweckt. Er solle den Mut finden, zu erklären, ob er die Tätigkeit der Opposition als verbandsfördernd betrachte oder nicht. Wenn Setz fortwährend die Tätigkeit des Zentralvorstandes angreife und gegen die angeblich statutenwidrigen Ausschüsse aufs Bestigste polemisiere, so möge er hinsetzen, ob in der Gründung der B. B. und in deren Programm eine statutarisch zulässige und dem Verbands nützliche Maßnahme zu erblicken sei. Daß die Schaupolitik des Kollegen Setz nur Wasser auf die Mühle der Gausch'schen Opposition gebracht habe, sei daraus zu erkennen, daß Kollege Setz stets für die Opposition reklamiert werde. Kollege Setz greife fortgesetzt den Zentralvorstand mit den unschönsten Mitteln an, gegen die Opposition finde Setz aber nie ein Wort des Tadelns. Setz habe für sich nichts, gegen sich alles, selbst die bayerischen Mitglieder in ihrer Mehrheit. Die Generalversammlung habe die Taktik des Zentralvorstandes als im Interesse unsrer Organisation gelegen erachtet, sämtliche Gantage und eine Gauvorsteherkonferenz hätten die Tätigkeit der Verbandsleitung nach der Generalversammlung als richtig anerkannt. Bei der Gauvorsteherkonferenz habe Setz selbst nach eingehiger Beratung sich der bekannten Resolution angeschlossen, und zwar im Namen des gesamten Gauvorstandes, und heute bekämpfe er das, dem er in Berlin seine Zustimmung gegeben. Redner habe die Beweise vermehrt, daß Setz nicht mit dem Zentralvorstande zusammenarbeiten könne. Wenn Setz im vorigen Jahr in einer der hiesigen Versammlungen erklärte, daß Rezhäuser auf die Dauer gleichfalls nicht mit Döblin

Hand in Hand arbeiten könne, so müsse Redner das Gegenteil behaupten. Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten kämen überall vor. Die Hauptsache sei, daß beide das kollegiale Verhältnis nicht getrübt werde. Setz bekämpfe aber den Zentralvorstand direkt. Es sei nicht zu billigen, daß Setz mit einer gewissen partikularen Spitze von einem „bayerischen Gauvorstande“ spreche, der seine Marionette sei. Entgegen der Behauptung Setz' müsse Redner erklären, daß mit der Urabstimmung keine Ueberwälzung der Mitglieder beabsichtigt war. Traurig genug, wenn es bei uns so weit gekommen sei, daß erst darüber urabgestimmt werden müsse, ob die Beschlässe der Generalversammlung von den Mitgliedern zu respektieren und zu halten sind. Die betr. Fragen waren zu bestimmt gefaßt, als daß sich auch nur ein Mitglied über seine Abstimmung hätte im Unklaren befinden können. Die Versammlung möge nach den Ausführungen des Kollegen Setz erklären, ob sie zu der Verbandsleitung oder zu der Leitung der oppositionellen Organisation Vertrauen habe, in wessen Hände sie glaubt vertrauensvoll die Leitung der Organisation legen zu können. Wenn die Münchener Opposition verlange, es sollten beaufsichtigt werden des Friedens von beiden „Parteien“ sei sieben Delegierte zu Friedensverhandlungen gewählt werden, so müsse Redner diesem Verlangen entgegen treten. Wer für den Frieden in der Organisation wirken wolle, möge dazu den Boden der Mitgliedschaftsversammlungen wählen, überhaupt die im Statut vorgesehenen Einrichtungen benutzen. Wer aber glaubt, nicht auf dem Boden unsers Statuts stehen zu können, müsse die Konsequenzen seiner Anschauungen ziehen. Redner ging sodann noch auf die Haltung eines Teiles der sozialdemokratischen Presse ein, welche sich besitzig hat, den Zweitsatz in unsrer Organisation noch mehr zu vertiefen. Es sei schmachvoll, wenn unsre Organisation, die mit ihren Einrichtungen allen anderen Organisationen als Muster dienen kann und deren Solidarität über allen Zweifel erhaben sei, unter dem Gejohle der eignen Mitglieder von der Arbeiterpresse heruntergerissen werde. Eine solche moderne Arbeiterbewegung könne er (Redner) nicht verstehen. Ein Teil der Presse betrachte es gewissermaßen als Sport, alles zu verdächtigen, was die Zentralleitung des Verbandes an statutarischer Tätigkeit äußere. Dadurch sei die ohnehin vorhandene Antipathie der übrigen Arbeiter gegen die Buchdrucker bis zur Stechhöhe gesteigert worden. Man möge sich aber auf unser gewerkschaftliches Programm besinnen. Solange wir in der Gewerkschaft von heute auf morgen für unsere Mitglieder Verbesserungen schaffen wollen, solange wir mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen haben, solange müssen wir auch die sich jeweilig ergebenden Mittel benutzen. Um unser Ziel erreichen zu können, sei die Arbeit Aller notwendig, ein einheitliches Programm und eine von Allen zu beobachtende Taktik. Wer lediglich nach seinem Kopfe die Organisation gestaltet wissen will, verhindert die Arbeit der Gesamtheit, und — schloß der Redner seine interessanten Ausführungen — darum wollen Sie heute entscheiden, auf welchem Boden die Münchener Mitgliedschaft steht. (Lebhafte Beifall.) Während einer dem Vortrage des Kollegen Rezhäuser folgenden Pause war folgende Resolution eingelaufen: „Die am 10. Oktober im Orpheum von über 300 Mitgliedern besuchte außerordentliche Versammlung der Mitgliedschaft Münchens ist mit den Ausführungen des Referenten, Corr.-Redakteur Rezhäuser, voll und ganz einverstanden und billigt die Schritte, welche der Zentralvorstand zur Anbahnung gesunder Verhältnisse innerhalb der Organisation getan hat. Die Versammlung sieht ferner in der Haltung unsers Verbandsorgans eine zweckmäßige und energische Vertretung der Gewerkschaftsinteressen gegenüber unberechtigten Angriffen von unberufener Seite. Die Versammlung spricht der Gesamtheit ihr Vertrauen aus. May.“ — Kollege Schramm konstatierte, daß man Setz in bezug auf seine Geschäftsführung nicht den leichsten Vorwurf machen könne; nur in der Tarifrage sei sein Standpunkt schwach gewesen; alle Kollegen, die ihm früher nachgelaufen, seien jetzt seine Gegner. — Kollege Setz stellte eine Aeußerung Schramms richtig, nach welcher Setz zu der am 17. Juni 1896 hier abgehaltenen Ortsvorsteherkonferenz nur solche Vertrauensmänner eingeladen habe, die sich in dem Streitfalle Gausch-Döblin auf rein sachlichen Boden stellten. Er selbst behauptete nochmals, daß er auf dem Boden der Generalversammlungsbeschlässe stehe; er habe die Gausch'sche Kampfesweise stets als eine gemeine verurteilt und er könne nicht begreifen, wie man ihm immer vorwerfen könne, daß er sich an dessen Reichthümlichkeit hänge. Die Ausschüsse seien Ursache des heutigen Streites, ebenso die Urabstimmung. Als Gauvorsteher habe er ferner die Verpflichtung, die Rechte der Mitglieder zu wahren und es sei statutenwidrig, wenn sich der Zentralvorstand über die Köpfe der Gauvorsteher hinweg zu Maßregeln aller Art hinsetzen lasse. Wenn es jedoch gegolten habe, etwas für den Verband Erpressliches zu schaffen, so habe er sich stets mit dem Zentralvorstand im Einklange befunden, nur in prinzipiellen Sachen habe er mitunter seine eigene Meinung. Er selbst gestehe das Bedürfnis nach Frieden zu, aber wenn vom Zentralvorstande fortgesetzt gehetzt werde, könne nicht Frieden werden; auch Kollege Rezhäuser habe heute wieder die Opposition abgemurrt. — Kollege Hante forderte u. a. die Angehörigen der Opposition auf, die „famose“ Leipziger Führung aufzugeben und mit uns zu arbeiten, denn dann könne man in Eintracht und Frieden leben, denn

auch wir seien keine „Harmoniedüster“. — Kollege Kiegl er stellte in einem längeren Schlusswortes Berichtes richtig und hoffte, daß der Zweck der heutigen Versammlung erreicht, nämlich, daß Klarheit geschaffen sei. — Der Vorsitzende ließ nunmehr über die eingegangenen Resolutionen abstimmen und ergab die Abstimmung die Annahme der Resolution (A) mit 135 gegen 50 Stimmen (bei zahlreichen Stimmenthaltungen). — Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 1 Uhr mittags.

R-o. Mühlhausen i. E. (Hauptversammlung vom 31. Oktober) Um 9 Uhr vormittags eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und gab nach Verlesung des Protokolls unter Vereinsmitteilungen bekannt, daß nunmehr die Schweiz für die reisenden Mitglieder wieder geöffnet sei. Weiter wünschte ein esch-Lothringischer Bezirksverein Auskunft über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der alsdann zur Verlesung gelangte Kasienbericht für das letzte Vierteljahr gab zu Bemerkungen keinen Anlaß und wurde dem Kassierer auf Vorschlag der Revisoren Entlastung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende den Mitgliedern Kenntnis von der Bewegung innerhalb des Bezirkes während des letzten Quartals. Nach der Wahl von zwei Bibliotheksrevisoren gelangte der von vier auswärtig wohnenden, jedoch in Mühlhausen arbeitenden Mitgliedern gestellte Antrag, dieselben von der festgesetzten Strafe für Nichterscheinen in den Versammlungen zu entbinden, zur Beratung. Dieser Antrag wurde fast einstimmig abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte ein Vermittlungsantrag, welcher bezweckte, die auswärtig wohnenden Mitglieder bis zu einer bestimmten Entfernung von der Strafe zu entbinden. Der Festauschuss für das nächstjährige fünfundsiebzigste Stiftungsfest unterbreitete sodann der Versammlung verschiedene Vorschläge, welchen auch im allgemeinen zugestimmt wurde. Weiter wurde beschlossen, an den hiesigen Gemeinderat das Gesuch zu richten, bei Vergütung von städtischen Druckerarbeiten nur tariffreie Druckereien zu berücksichtigen. Den freitenden Maschinenbauern in England wurden 20 Mk. bewilligt und beschlossen, diesen Betrag nach Berlin zu senden. Nachdem unter Berücksichtigung noch das Verhalten eines hiesigen Prinzipals den Mitgliedern gegenüber einer berechtigten Kritik unterzogen war, schloß der Vorsitzende um halb 12 Uhr die Versammlung.

Stuttgart. Ein getreuer „Horth“ der Zusucht — pardon, der „Mausflucht“ wollte ich sagen, ist der Faktor einer hiesigen Druckerei. Kaum hatte er die Segeerbluse aus- und den Faktorkittel angezogen, glaubte er auch schon seine „Schneid“ zeigen zu müssen. Gelegentlich hierzu bot sich ihm sehr bald, indem ein schon fünf Jahre zur vollen Zutriebszeit des Prinzipals tätiger Maschinenmeister bei einer Reise nach Friedrichshafen dortselbst am Sonntag abend den letzten Zug zur Rückfahrt nach Stuttgart veräumte und vergaß, dem getreuen „Horth“ hieron per Draht Mitteilung zu machen (der Prinzipal war zur Zeit verreist). Bei seiner am Montag mittag erfolgten Ankunft in Stuttgart fand der „Schwerverbrecher“ schon ein „Viebsbriechen“ des getreuen „Horth“ vor, das ihm eröffnete, daß er „wegen Schädigung des Geschäfts“ (wer lacht da?) ohne Kündigung entlassen sei; gleichzeitig fand er auch sein Arbeitsbuch und den rückständigen Lohn vor. Daß der nunmehr Entlassene vorher wochenlang täglich zwei bis drei Ueberstunden machen mußte, ließ den getreuen „Horth“ kalt, bleibt er doch selbst auch über Mittag im Geschäft! (Vielleicht will er den schweren Schaden, den der Entlassene angerichtet, gut machen — aber, pardon, er ist ja kein Maschinenmeister!) Die erste Probe ist gut bestanden, es wird schon nochmals gehen, dachte der getreue „Horth“ offenbar, und richtig gab er vor wenigen Wochen einem verheirateten Segeer, Vater von drei Kindern, der auch bereits 4 1/2 Jahre tüchtig und stetig im Geschäft tätig, den „Sad“, weil er, nun — weil er infolge einer gewichtigen, unangenehmen Wahrnehmung an einem Montag nicht so an seinem Plage war, wie er es hätte sein sollen; das Geschäft wurde jedoch auch in diesem Falle nicht geschädigt; wenn ein „Sad“ wegen vorübergehenden Mangel an Arbeit auszuscheiden gewesen wäre, so wäre vor allem der Logisthür des getreuen „Horth“, als der zuletzt Eingestellte, an der Reihe gewesen; aber wer wird denn seinem „Vetterle“ kündigen! — nicht wahr, „Herr Vetter“? Außer diesem war noch ein erst seit Ostern im Geschäft konditionierender Kollege da. — Vierzehn Tage nach der Kündigung schleppte der Entlassene seinen „Sad“ nach Haus und ist heute noch ohne Stellung; sein Platz aber wurde dieser Tage wieder mit einem ledigen Kollegen besetzt. Wäre es nun nicht eine schöne Handlung des getreuen „Horth“ als Familienvater gewesen, wenn er den j. B. entlassenen Familienvater wieder eingestellt hätte? Doch dazu gehört ein mitfühlendes Herz und der Mut, einzugestehen, daß man selbst einmal ein sechserhäftes Segeerlein war, beides hat der getreue „Horth“ aber nicht in seinem Besitze! — Nun „getreue Herren“ regieren nicht lange — und wenn sich ihm einmal unversehens das bekannte „Voch des Zimmermannes“ öffnet und er auf seinen Matratzen — ah, Vorberren wollte ich sagen, ausruht, dann möge ihm das Sprüchlein einfallen: „Was du nicht willst, das man dir thu“, das füg' auch keinem Andern zu!“ — Gewiß wird dem Bester dieser Felsen der Name des Faktors Horth (Hort?) nicht unbekannt sein; es ist dies derselbe Herr, der im Jahr 1890 eine Broschüre herausgab mit dem Titel: „Warum kann ich den Bestrebungen resp. den Beitrittsaufforderungen des U. B. D. keine Folge

leisten?“ und worin es heißt, daß nur auf den Boden des Allerhöchsten Erlasses vom 4. Februar 1890 geordnete Zustände in unserm Gewerbe herbeigeführt werden können. Es sei die „heiligste Pflicht“ eines Jeden, „nachdem Se. Majestät der Kaiser jede Mitarbeiterschaft an dem Werke der Förderung des sozialen Friedens willkommen geheßen“, nach Kräften an diesem Werke mitzuarbeiten, um „den Frieden und die Eintracht unter uns allen möglichst zu fördern“. In dieser Broschüre (Seite 23) ist auch die Behauptung aufgestellt, daß die mit den tariflichen Forderungen der Gehilfen verbundenen Steigerungen der Lohnsätze es drei Viertel der Buchdruckerbesitzer unmöglich machen, den Tarif anzuerkennen! — Das ist der erste Akt. Der zweite spielte im vergangenen Jahre. Herr Hort war inzwischen wütender Oppositionsmann geworden und in Nr. 121 vom 15. Oktober 1896 finden die Kollegen sein oppositionelles „Programm“. Damals schrieb die Redaktion des Corr. in der Beantwortung dieses „Programms“ folgende nicht unbedeutende Worte: „Hoffentlich wird Herr Hort nicht wieder Faktor, sonst könnte das „Programm“ samt den „Monieren“ in die Widen gehen!“ Nun, nach den vorstehenden Musterleistungen des Hort werden die Kollegen Deutschlands sehen, mit wem „zielbewußten Menschen“ sie es zu thun haben, der heute die Kollegen wegen „Schädigung des Geschäfts“ entläßt. Heute nähert sich Herr Hort den richtigstlosigen Unternehmerinteressen, bis er schließlich auf seiner Rundreise wieder bei der auf die Anregungen „Sr. Majestät des Kaisers“ zurückzuführenden „heiligen Pflicht“ anlangt. Solchen Leuten sollte der Verband beifügen: „Reorganisation“ ausgeliefert werden!

Wiesbaden. Am Samstag, den 30. Oktober, fand hier selbst eine Bezirksversammlung statt, welche von dreißig Mitgliedern besucht war; aus dem Bezirke war nur Viebrich vertreten. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls gab der Vorsitzende Kiegl das Resultat der hier vorgenommenen Vertrauensmännerwahlen bekannt. — Sodann wurde die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Bezirksstatuts vorgenommen; nach kurzer Aussprache wurden die Kollegen Schlein, Wittmann, Zittlau sowie der Vorstand mit dieser Sache betraut. — Hierauf erlaubte der Kassierer in ausführlicher Weise den Quartalsbericht. Dem Kassierer wurde hierauf Decharge erteilt. — Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Vorstandes: Obligatorische Einführung des Corr. bzw. Erhöhung der Bezirkesteuer. Zur Begründung dieses Antrages führte Kollege Kiegl folgendes aus: Er halte es nicht für schön, daß viele Mitglieder sich nicht durch unser Organ Kenntnis von den Vorgängen in der Organisation verschaffen; in Versammlungen allein könne man das nicht bewerkstelligen. Die heutigen Zustände seien besonders dazu angethan, den Antrag in erste Erwägung zu ziehen und besonders an die jüngeren Mitglieder richte er die dringende Bitte um Unterstützung desselben. Was unsere Steuer anlange, so sei dieselbe ja hoch, werde aber durch die anderer Orte übertroffen. Der Vorgang der Gründung einer neuen Gegenseitigen Organisation sei als Leitmotiv anzufassen, für das Obligatorium einzutreten, welches ein vorzügliches Mittel sei, unsere Gegner zu bekämpfen; schon aus diesem Grunde solle man keine Opfer scheuen. Kollege Wittmann verspricht sich mehr von einer stillen Agitation als von einer solchen durch das Obligatorium. Der Beitrag sei hier gerade hoch genug, obgleich er ja einsehe, daß die Bezirkesteuer erhöht werden müsse. Seiten in anderen Orten die Beiträge höher, so wären auch dort die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich anders. Der Verband könne den Mitgliedern ja das Organ gratis zustellen, es sei nicht nötig, daß Millionen aufgesetzt würden. Des Weiteren führte der Redner u. a. noch aus, daß Kollege Weghäuser sich dahin geäußert, er könne sich kein Mitglied ohne Organ denken, obgleich er selbst kein Freund des Obligatoriums sei. Kollege Kiegl widerlegte hierauf die Ausführungen des Kollegen Wittmann, dabei nochmals den Vorstandsantrag wärmstens empfehlend. Auch Kollege Donnerer stebt dem Antrage sympathisch gegenüber, während er die ablehnende Haltung des Kollegen Wittmann dessen Freundschaft für Gatsch aufschreibt. Kollege Wittmann befreit die ihm zugeschriebene Freundschaft, er habe lediglich im Hinblick auf das Statut zu gunsten des sich geäußert. Weiter empfehlen noch das Obligatorium die Kollegen Zittlau und Ullmann, letzterer besonders auf die Erfolge desselben in Frankfurt a. M. hinweisend. Kollege Heinrich erging sich hierauf in scharfen Worten gegen das Obligatorium, was ihm zum Schluß seiner Ausführungen noch einen Ordnungsruf des Vorsitzenden eintrug. Im weitem Verlaufe der Debatte verteidigte Kollege Wittmann nochmals seine Ausführungen, hauptsächlich in bezug auf stille Agitation, um schließlich seiner Verurteilung Ausdruck zu geben, daß Kollege Ullmann plötzlich Obligatoriumsfreund geworden, während er früher hier die Waage vertrieben. Nachdem Kollege Wehrens sich gegen den Antrag geäußert, wandte sich Kollege Ullmann gegen die ihm von Kollegen Wittmann gemachten Vorwürfe, indem er kurz darlegte, daß er die selbsterzogenen Anschlüsse auch als voreilig angesehen und dieselben sich zur Opposition geschlagen; er habe aber bald eingesehen wie die Sache gehe und als die Kampfmittel der Opposition immer gefährlicher geworden, sei er von derselben zurückgetreten. Was das Obligatorium betreffe, so verspreche er sich von dessen Einführung eine Hebung des Versammlungsbewußtes. Nach einigen kurzen geschäftlichen Bemerkungen

wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten: dieselbe ergab mit 16 gegen 14 Stimmen die Ablehnung des Antrages. — Sodann machte unter Berücksichtigung des Kiegl die Mitteilung, daß der Vorstand für die englischen Maschinenbauer eine Unterstützung von 10 Mk. in Vorschlag bringe; im Hinblick auf den derzeitigen schlechten Stand unrer Bezirkskasse sei von einem höheren Betrag abzusehen worden. Nach einer sehr erregten Debatte zwischen den Kollegen Zittlau, Leopold, Ullmann, Wehrens, Heinrich, Schneider und Heller gelangte ein Antrag Wittmann, den Maschinenbauern 25 Mk. zu bewilligen, zur Annahme. — Nach einem Schlussworte des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

London, 4. November. Gestern Abend fand in der hiesigen Memorial Hall die vierteljährliche Delegiertenversammlung der Londoner Segeergesellschaft statt. Aus dem 199. Vierteljahresberichte der Exekutive ging hervor, daß die Geschäftskonjunktur während des vergangenen Quartals nicht den gehegten Erwartungen entsprochen, jedoch immerhin im Vergleiche zu den letzten Jahren keine schlechte zu nennen gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen variierte zwischen 290 anfangs Juli, 521 anfangs August bis zu 785 in der letzten Woche des Monats September. Augenblicklich sind noch etwa 800 Kollegen arbeitslos. Die für die Arbeitslosen ausgegebene Summe belief sich auf 3536 Pfund Sterling, während für Verlesung des Tarifs 175 Pfund Sterling verausgabt wurden. Die Gesellschaft erzielte während des Quartals einen Ueberschuß von 1178 Pfund und stellte sich das Gesamtkapital am Schluß des Monats September auf 52469 Pfund. (Diejenigen Kollegen, welche fortgesetzt über die Annahme von Geldern bei unrer Hauptkassa“ rasonnieren, mögen hier ersehen, daß bei der Londoner Segeergesellschaft ein gleich hohes Kapital vorhanden wie beim deutschen Buchdruckerverbande, während dort die Zahl der Mitglieder um mehr als die Hälfte geringer ist als in unserm Verbands. Wenn eine wirtschaftliche Organisation der Arbeiter Anspruch auf Beachtung haben will, muß sie auch mit den wirtschaftlichen Kriegsmitteln ausgerüstet sein.) Die Zahl der Mitglieder beträgt 10766, ist also in stetigem, wenn auch langsamem Steigen begriffen. Den Berichtigen Steinbrucharbeitern wurden während des Vierteljahres noch 110 Pfund bewilligt (die Streitigkeiten sind bekanntlich beigelegt), während den kämpfenden Maschinenbauern die Summe von 360 Pfund und bis zur Beilegung des Kampfes pro Woche 60 Pfund Sterling bewilligt wurde. Durch Urabstimmung wurde eine Levy (Extrabeitrag) von 3 Pence pro Mitglied und Woche mit großer Mehrheit beschlossen. Zu gleicher Zeit wurde den ausgetretenen Mitgliedern eine Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung per Urabstimmung zugesichert, wodurch sich der wöchentliche Beitrag jetzt auf 1 1/2 Schilling stellt (ausführl. Offizins- und Krankentassen). Die Tagesordnung der Versammlung umfaßte neben prinzipiellen Statutenänderungen, welche nach langer Debatte angenommen wurden, auch einen ausgearbeiteten Entwurf beifügen Föderation mit den übrigen graphischen Arbeitern der Metropole, doch wurde derselbe wegen vorgerückter Zeit auf eine Mittwoch den 10. November tagende Versammlung verschoben. Verschiedene Redner haben hervor, daß uns nicht nur bei dem heutigen Stande der Arbeiterbewegung (siehe Maschinenbauerkreis) eine Föderation mit den graphischen Arbeitern der Metropole von Nutzen sei, sondern es müßte eine nationale Vereinigung vor sich geben, um dem geschlossenen Ausbeutertum ein Paroli zu bieten und den Kampf, wenn nötig, auf der ganzen Linie zu entfachen. Hierbei bietet sich vielleicht auch eine Gelegenheit, unsere englischen Fachgenossen zur engeren internationalen Aneinanderanschließung anzuspornen und der Isolation, mit welcher sich bisher dieselben von allen internationalen Vereinbarungen zurückgezogen, ein Ende zu machen. Es bietet sich also daher am gedachten Tage für die hiesigen ausländischen Kollegen eine Gelegenheit, ihrem Ideal, eine bessere Verbrüderung der englischen und kontinentalen Kollegen herbeizuführen, den gebrühten Raubdruck zu verleißen. — Die Bewegung unter den Londoner Buchdruckern zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche nimmt jetzt eine festere Gestalt an und wird lebhaft ventiliert. — Die hiesige Vereinigung der deutschsprachigen Kollegen — Londoner Typographia — eröffnete am Samstag, den 30. Oktober, den Reigen ihrer diesjährigen Winterfestlichkeiten mit einem Vokal- und Instrumentalkonzert im Vereinslokal. Die Kollegen hatten sich mit ihren Damen und Freunden in beträchtlicher Zahl eingefunden. Als Glanzpiece des Abends dürfte wohl das von Kollegen „August“ gedichtete und von den Hiesigauschwärmeren Rechten mit Dravour gefungene „Buchdruckerlied“ gelten. Mit Befriedigung kann die „Typographia“ auf den ersten Gesellschaftsabend der diesjährigen Saison zurückblicken. — Mr. Henry Statter, der langjährige Sekretär der Typographical Association (Printzirkel) ist von seinem Posten wegen vorgerückten Alters zurückgetreten, die Kollegen bewilligten ihm eine Pension von 2 Pfund Sterling pro Woche bis an sein Lebendende. — Die Londoner Branche der Cooperative Printing Society, Ltd. (Cooperative-Buchdruckerei) hat allen ihren Angestellten den Kostentag bewilligt; dieselbe bezahlt ebenfalls einen Bonus von 2 1/2 Proz. vom Salair an alle ihre Angestellten. — Die Kollegen in Wolverhampton errangen auf glühlichem Weg eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden pro Woche. — Im

Kampfe der englischen Maschinenbauer ist immer noch keine Veränderung eingetreten. Ein vollständiger Umschwung in der Besinnung dem deutschen Arbeiter gegenüber scheint sich hier geltend zu machen, hervorgerufen durch die liberale Unterstützung und den Beweiss internationaler Solidarität seitens der deutschen Arbeiter. Dies kann in Zukunft für die ganze Arbeiterbewegung nur die besten Früchte tragen.

Vertichtigung. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Redaktion des Corr. behauptet in der Nummer vom 13. November 1897, ich hätte in einer jüngst hier abgehaltenen Versammlung der neuen Buchdrucker-Gewerkschaft erklärt, „es sei von einem Verbands, der kein ausländischer, aber auch kein deutscher sei, ein Begrüßungs schreiben eingegangen, worin der Schritt der Leipziger Führung, als im Interesse der deutschen Buchdrucker gelegen, aufs Freudigste Widerhall bei dem betreffenden, nicht ausländischen Verbands gefunden habe.“ Diese Behauptung des Corr. ist unwahr. Ich habe in der betreffenden Versammlung die Notwendigkeit dafür nachgewiesen, daß die Freiheit der Meinungsäußerung im Correspondent auch den Mitgliedern des Verbandes gesichert werden müsse und dabei darauf verwiesen, daß ein in der zitierten Weise gekennzeichnete Verband beim Zentralvorstand in Berlin Beschwerde darüber führen müsse, daß eine von ihm an den Corr. eingelangte Vertichtigung bis dahin nicht abgedruckt wurde, und daß aus Rücksicht auf diese dem Berliner Zentralvorstande vorliegende Beschwerde von Herrn Aug. Enders, Redakteur am Vorwärts, der Abdruck eines Artikels abgelenkt wurde, den ein Straßburger Kollege für den Vorwärts geschrieben hatte und der die Buchdruckerverhältnisse im allgemeinen und die Meinungs-freiheit des Corr. im besondern behandelte. Dies und nichts andres habe ich in Beziehung auf den elsäß-lothringischen Verband in der erwähnten Versammlung der Buchdrucker-gewerkschaft erklärt. Otto Pollender.“

Den Ausführungen des Herrn Pollender gegenüber hat die Redaktion des Corr. zu bemerken, daß im wesentlichen von unseren Behauptungen nichts widerlegt ist. Daß die Straßburger Oppositionsführung, die sich aus dortigen Vorstandsmitgliedern repräsentiert, mit der unberechtigten und verwerflichen Auslieferung von Briefen bei einer dem deutschen Buchdruckerverbande feindlichen Organisation hospitiert, ist ja interessant genug und kennzeichnet die internationale Bührarbeit gegen den deutschen Verband. Wieviel erklärt Herr Pollender, daß in dem an ihn gerichteten Schreiben die Gründung der neuen Organisation verurteilt wurde, nachdem wir hier abermals behaupten, daß in diesem Schriftstücke der Schreiber des selben seine Zustimmung mit dem Vorgeben der Leipziger Führung ausgedrückt hat (ob dies in Begrüßungsform oder im Namen des elsäß-lothringischen Verbandes geschehen, ist für die Thatsache ohne weiteren Belang, daß der neuen „Gewerkschaft“ die aus der Vereinsthätigkeit des elsäß-lothringischen Verbandes sich ergebenden Schriftstücke ausgeteilt werden). Die Vertichtigung des Herrn P. soll aber in der Hauptsache bezwecken, den Kollegen Enders in Berlin, der unbegreiflicherweise nicht an das Dogma der Leipziger Unfehlbarkeit glauben will, herabzuwürdigen. P. sucht E. indirekt — wie dies der Angestellte des Herrn Pollender bereits direkt getan — zum Handlanger des Kollegen Döblin zu stampeln. Daß sich Enders ob dieser Kombinationen grämen wird, glauben wir kaum, wenn auch P. und sein Angestellter das von Straßburg servierte Gericht mit schmatzendem Munde verzehren. L. R.

Kundschau.

Bezugnehmend auf unsre in Nr. 121 des Corr. gebrachte Notiz, betreffend das Fußbodenöl Duffel, hören wir, daß auf unsre Anregung von den weitesten Kreisen Versuche gemacht wurden, die durchweg zur größten Zufriedenheit ausgefallen sind. Wie wir jetzt in Erfahrung gebracht haben, ist höhern Ortes eine Petition um Begutachtung über die Verwendbarkeit des Oeles eingereicht worden und zweifeln wir nicht, daß dieselbe günstig ausfallen wird. Es wäre das für das ganze Buchdruckergerbe eine ungeheure, in seiner Tragweite gar nicht absehbare Errungenschaft, welche vor allen Dingen in sanitärer Beziehung den Angestellten zu Gute kommt, aber auch den Prinzipalen, da durch die denkbar einfachste Reinigung allen Anforderungen der bundesrätlichen Bestimmungen vom 31. Juli auf das Vorzüglichste entsprochen ist.

Das Gewerbegericht Leipzig verurteilte einen Maschinenmeister zur Zahlung von 120 M. Entschädigung, weil er etwa 5700 Bogen so schlecht gedruckt, daß dieselben nur als Makulatur Verwendung finden konnten. Die Einwände des Beklagten, schlechte Beschaffenheit der Platten usw., wurden seitens der Vertreter des Klägers widerlegt. Ein Vergleichsvorschlag, die Summe auf 50 M. herabzusetzen und wöchentlich 2 M. abzuzahlen, scheiterte daran, daß der Verklagte nur 1 M. wöchentlich zahlen wollte.

Die Wiesener Ausgabe der Hess. Landeszeitung, welche seither in der Druckerei von Ottmann gedruckt wurde, scheidet am 1. Dezember in die Kellersche Druckerei (Kollmann) über, woselbst die Wiesener Zeitung an genanntem Tag ihr Dasein beschließt.

Eine neue Art Schreibmaschine ist von M. S. Carmona in Mexiko konstruiert und vor kurzem durch nordamerikanisches Patent geschützt worden. Die Klaviatur dieser Maschine besteht nur aus fünf Tasten, sodas sie mit einer Hand bequem beherrscht werden kann, trotzdem lassen sich sämtliche Buchstaben und Zeichen auf der Maschine erzeugen und zwar dadurch, daß man entweder eine oder mehrere Tasten gleichzeitig anschlägt. Durch diese Anordnung wird eine Schnelligkeit des Schreibens erzielt, wie sie kein einziges andres System erreichen kann. Wie das Patentbureau von G. & B. Pataty in Berlin mitteilt, ist die Maschine auch sonst von äußerst einfacher Konstruktion und leichtem Gewicht.

Ein Beitrag zum Kapitel des ambulanten Gerichtsstandes der Presse wird aus Braunschweig gemeldet. Das dortige Konsistorium fühlte sich durch einen Artikel des in Krupp erscheinenden kirchlichen Anzeigers beleidigt. Dasselbe stellte an die Staatsanwaltschaft das Ersuchen, nachzuersuchen, ob in Braunschweig ein Leser vorhanden sei, und nachdem, angebl. mit Hilfe der Post, die von solcher Auskunft gar nicht be- rechtigt ist, eine Pastorfrau als Abonnetin des Blattes entdeckt worden war, wurde in Braunschweig die Anklage erhoben.

Das Oberlandesgericht Dresden erkannte zu Recht, daß eine Vertichtigung (§ 11 des Preßgesetzes) alles enthalten dürfe, was geeignet sei, den Vorwurf, der zurückgewiesen werden solle, zu entkräften. Es ist diesem Urteile gegenüber ein wahrer Segen, daß die über den zu vertichtigenden Angriff hinausgehenden Stellen der Vertichtigung zu bezahlen sind, ansonsten könnten sich die Zeitungen gefast machen, den ihnen zur Verfügung stehenden Raum von den Vertichtigern mit Beschlag belegt zu sehen. Ueber das „alles“, was zur Entkräftung dienen könnte, sind die Meinungen bekanntlich sehr geteilt.

Preßkrieger. Kollege Vogentz wurde als früherer Redakteur des in Altenburg erscheinenden Wählers zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wegen Beleidigung des Redakteurs der Altenburgischen Landeszeitung; letzterer zu 30 M. wegen Beleidigung des Vorgenannten. Das Würzburger Journal reproduzierte ein gegen den Bürgermeister in Lohr gerichtetes Stadtgespräch; diese gedruckte Wiebgerade der öffentlichen Meinung wurde mit 150 M. bestraft. Die Frankfurter Volkstimme hat 300 M. (beantragt waren 3 Monate Gefängnis) zu zahlen wegen Beleidigung der Mannschaft einer Gefängniswache, der vorgeworfen wurde, sie habe sich den weiblichen Gefangenen gegenüber zu lebenswürdig benommen.

Die Deutsche Volkspartei in Stuttgart hat ein Preis-schreiben erlassen. Für eine geschichtliche Darstellung der Volkserhebung von 1848 und der damit zusammenhängenden Kämpfe durch Deutschland, die zehn Druckbogen umfassen, deren Inhalt geschichtlich zuverlässig und klar sein soll und die bis zum 15. Februar 1898 fertig zu stellen ist, sind zwei Preise (1000 und 500 M.) ausgesetzt. — Vor kurzem erschien ein ähnliches Buch wie das verlangte unter dem Titel „Die deutsche Revolution 1848/49“. Dasselbe enthält 55 Tafel-mitteilungen, 40 Vollbilder und über 150 Karikaturen und Illustrationen und kostet 10 M. Verfasser Hans Blum.

Der Herzog von Aumale hat dem Institut de France das Schloß Chantilly vermacht. Dasselbe soll nebst seinen Sammlungen, deren Wert auf 15 Mill. Fr. geschätzt wird, unter dem Namen Museum Condé während sechs Monaten des Jahres zweimal in der Woche für Jedermann, außer dieser Zeit aber den Studierenden, Gelehrten und Künstlern geöffnet sein. Die Sammlungen bestehen aus 28000 Bänden, worunter 1400 Handschriften und 13000 besonders seltene Werte, im Werte von 5 Mill. Fr., der Rest entfällt zum größten Teil auf Kunstsammlungen. Die Einnahmen aus den zum Schloße gehörigen Liegenschaften betragen nahezu 400000 Fr., aus welcher Summe außer den Verwaltungs- und Unterhaltungskosten Pensionen und Preise für wissenschaftliche und künstlerische Leistungen bestritten werden sollen. Die Ueberhülle sind zu Renantäufen für das Museum und die Bibliothek bestimmt.

In München ist die Errichtung eines Arbeitersekretariats seitens der Gewerkschaften in Vorbereitung. Der Fachverein der Stellmacher in Berlin beschloß, dem Holzarbeiter-Verbande beizutreten.

Der Gewerksverein der Deutschen Schiffszimmerer, Fischer, Sefelörer usw. hat in der Delegiertenversammlung vom 7. November die Einführung der Arbeitslofen-Unterstützung ohne Beitragserhöhung beschlossen. Sonach zahlen nun sämtliche 16 Gewerksvereine der Fraktion Strich diese Unterstützung.

Die Bäder-Jungung in Dresden zwingt seit kurzem ihre Arbeiter in die Zünungs-Krankentasse und bedenklich diejenigen Meister, welche dem bezüglichen Zünungs-beschlusse nicht nachkommen, weil er nach § 100 e Abs. 2 Nr. 4 der G.-O. und § 73 Abs. 2 des Kr.-V.-G. unzulässig ist, mit Ordnungsstrafen. Eine am 26. Juni an das Ministerium abgegangene Beschwerde ist bisher unbeantwortet geblieben. Die Bäder gehören nämlich einer freien Hilfskassa an, können sonach nach den angeführten Gesetzesbestimmungen zum Beitritt in eine andre dergleichen Kasse nicht gezwungen werden.

Für die Peltzer der sächsischen Gasanstalt in Lausanne wurde der Achtstundentag eingeführt und die Arbeitszeit der übrigen Arbeiter von 10½ auf 10 Stunden herab-gesetzt.

Lohnbewegung. Bei Jungmann in Breslau traten die Glacéhandschuhmacher (87 Mann) in dem Streik. Der Zustand in der Tischlerei von Christ & Duar in Gotha endete durch Vergleich; die Arbeitszeit wurde von 10½ auf 10 Stunden herabgesetzt. In Hamburg streiken eine Anzahl Schauerleute wegen Borenthaltung ausgelegter Fährgeleite seitens eines Stauers, ferner 25 Maurer und 10 Hilfsarbeiter, die Entfremdung eines Aufsehers verlangend, der sie als eine Art Sklaven behandelte. In Trebbin legten die Zimmerer auf zwei Bauplätzen die Arbeit nieder wegen Mangelregelung der Vertrauensleute. Auf der Grube Amanda bei Beglar stellten am 1. November die Bergleute die Arbeit ein, weil ihnen verboten worden war, ihr Frühstück außerhalb der Grube zu verzehren, ließen sich aber am 3. November herbei, wieder anzufahren, nachdem ihnen die Verwaltung gnädigst erlaubt hatte, für 5 Pf. Schnaps mit in die Grube zu nehmen. Einer Organisation gehören diese Leute nicht an, sonst wären sie diesen Schnaps-Vergleich schwerlich eingegangen.

Die Maschinenbauer-Gewerkschaft in England nahm per Urabstimmung eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 2,50 auf 3 M. an. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sandte bis jetzt 40000 M. nach London.

Litteratur.

In freien Stunden, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts), Preis pro Heft 10 Pf., enthält in Nr. 46 und 47 den laufenden großen Roman: Der Kampf um die Scholle von Elise Orzesko (Fortsetzung). Ferner: Ein unbedachter Wursch. Rebanen, Novelle von Gg. Persch. Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen. Wit und Scherz.

Für Alle Welt (9. Heft) enthält u. a. Mitteilungen aus Deutsch-Niassra, eine Klauderei über unsere Genusmittel unter der Rubrik „Unser tägliches Brot“, bemerkenswertes aus der Blindenschule, Lama-Kultus in Tibet. Daneben eine Reihe technischer Mitteilungen bezw. neuer Erfindungen. Sämtliche Artikel sind illustriert, auch enthält das Heft viele Reproduktionen von Gemälden in gediegener Ausführung.

Die Moderne Kunst (Näch. Bong in Berlin, Preis pro Heft 60 Pf.), 5. Heft, enthält in ihrem illustrativen Teile folgende Darstellungen von Zeichnern und Malern, in bekannter Rufertigkeit hergestellt: C. Seiler (In einem oberbayr. Wartesaal), M. Konnenbruch (Flora), George Claude in Paris (ein Drama im Harem), J. Koppay in Wien (Liebe oder Reichthum), E. Dunal in Berlin (Die Nacht), S. Barbuba in Rom (Wie Maria), R. Heinde in Berlin (Angriff der Brandenburger auf die spanische Silberflotte 1680), E. Zimmer (Mitteilungen der Königsbühnen), eine Anzahl Porträts aus der Berliner Hof-Gesellschaft, soweit dieselbe die Kunst als Sport betreibt (zweifeltig). Auch der Text, so z. B. „Künstler-Schnurren“ und „Jid-Jad“ ist mit einer Reihe von Illustrationen geziert.

Gestorben.

In Leipzig am 17. November der Buchdrucker-eifriger Kommerzienrat Bruno Klinghardt, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins.

Briefkasten.

G. L. in Berlin: 3,50 M. — D. in Chemnitz: Können Ihnen leider nicht dienen, nur in Str. zu haben. — K. in Rempten: Können Sie bei uns bestellen; 8 M. pro Jahr.

Verbandsnachrichten.

Dresden. Das hiesige Adreßbuch schenkt, weil die Firma Arthur Schönsfeld Seher zu nicht-tarifmäßigen Bedingungen kauft.

Erzgebirge-Bogtland. Die Wohnung des Gauvorsitzers C. W. Eich befindet sich von jetzt ab Eifenstraße 10, II; Geldeinlagen sind an den Gaukassierer Vinus Kraft, Sonnenstraße 59, II, zu adressieren.

Bezirk Deuthen (Oberschl.). Die geehrten Mitglieder werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß am 5. Dezember in Königsbütte eine Bezirks- und Allgemeine Buchdrucker-versammlung stattfinden wird. Kollege Döblin wird in derselben referieren. Es werden an sämtliche Mitglieder und Nichtmitglieder noch Einladungen ergehen.

Bezirk Glogau. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie bei Konditionsangeboten aus dem Bezirke Glogau, um sich vor Schäden zu bewahren, Einladungen bei dem Bezirksvorsitzenden Oskar Diep in Glogau, Preußische Straße 14, II, einzuziehen haben.

Görde i. B. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das Minimum 23,10 M. (einschl. Sozialschlag wie für Dortmund) beträgt. Kollegen, die unter diesem Minimum anfangen, haben den Anschluß zu gewärtigen.

Wain. Der Seher Louis Stuber aus Reinsberg, Hauptb.-Nr. 23714, Wittelsb. 1215, wird hiermit aufgefordert, unverzüglich sich zu melden und seinen jetzigen Aufenthalt anzugeben, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Weitere Verbandsnachrichten auf der Beilage.